



Nr. 335 | 22.09.2026

Ukraine-Analysen

Aktuelle innen- und außenpolitische Lage

ANALYSE	
Entwicklungen im fünften Kriegsjahr Volodymyr Fesenko (Penta-Zentrum für politische Studien, Kyjiw)	2
ANALYSE	
Braut sich ein politischer Sturm in der Ukraine zusammen? Balázs Jarábik	6
ANALYSE	
Der stille Zusammenbruch der Werchowyna Rada. Warum das Parlament in einer Krise steckt Orest Zog, Nikita Holowynskyj (beide Texty.org)	12
KOMMENTAR	
Erinnerungskultureller Streit zwischen Kyjiw und Warschau: Symptom der Transformation der polnisch-ukrainischen Beziehungen? Franziska Davies (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam)	18
LESETIPP	
Polen-Analysen 369: Aktuelle Entwicklungen in den polnisch-ukrainischen Beziehungen	20
CHRONIK	
Hinweis auf die Online-Chronik	20

Entwicklungen im fünften Kriegsjahr

Volodymyr Fesenko (Penta-Zentrum für politische Studien, Kyjiw)

DOI: 10.31205/UA.335.01

Zusammenfassung

Es ist sehr symbolisch, dass die Ukraine am 24. August 2026 nicht nur den 35. Jahrestag ihrer Unabhängigkeit feierte, sondern auch einen weiteren bedeutenden Meilenstein überschritt: genau viereinhalb Jahre des umfassenden Krieges mit Russland. Was ist als Nächstes im Krieg zu erwarten und in welcher Lage befindet sich die Ukraine derzeit?

Die militärische Lage: Tendenzen und Perspektiven

Die militärische Situation bleibt ein entscheidender Faktor, der den Zustand der ukrainischen Gesellschaft und die Entwicklung der Lage rund um die Ukraine beeinflusst. Im Jahr 2026 zeigte sich erneut ein Phänomen, mit dem die Ukraine bereits im ersten Kriegsjahr konfrontiert war: »Kriegsschwankungen«, bei denen die Initiative im Verlauf der Kampfhandlungen von einer Seite auf die andere übergehen kann und sich Inhalt, Schwerpunkte und Charakter der Kampfhandlungen in bestimmten Zeiträumen deutlich verändern können. In diesem Jahr zeigten sich die »Kriegsschwankungen« besonders drastisch und widersprüchlich.

Im Winter 2025/26 zielte Russland während einer starken Kältewelle mit massiven Luftangriffen auf die ukrainische Energieinfrastruktur, insbesondere in Kyjiw, und wollte dass die Menschen ohne Strom und Heizung erfrieren. Doch Kyjiw und das ganze Land haben diesen schwierigen Winter überstanden.

Im Februar und März übernahm dann die Ukraine die Initiative am Boden (eine Reihe taktischer Gegenangriffe vor allem im Süden zeigten operative Wirkung), doch Russland verstärkte im Februar erneut die Luftangriffe auf die Ukraine.

Von Ende März bis Mai gab es ein Gleichgewicht an der Front und ein faktisches Scheitern der russischen Frühjahrsoffensive. Stattdessen eskalierte Russland den Luftkrieg gegen die Ukraine.

Im Mai und Juni sahen wir den Beginn eines gegenseitigen strategischen Luftkriegs. Auf die russischen Luftangriffe reagierte die Ukraine mit systematischen und präzisen Schlägen tief im russischen Hinterland, insbesondere gegen russische Ö Raffinerien, sowie mit sehr effektiven Mittelstreckenangriffen auf die russische Logistik in den besetzten Gebieten im Süden der Ukraine. In diesem Zeitraum begann auch die Kampagne zur logistischen Isolierung der Krym.

Im Juli und August kam es in der Ukraine zu einem akuten Mangel an Raketen für die Patriot-Luftabwehrsysteme. Russland nutzte dies für den Beginn des ballistischen Terrors gegen die Ukraine. Die ukrainischen

Verteidigungskräfte reagierten mit weiteren Schlägen gegen das russische Hinterland. Russland setzt seine Offensivversuche zwar fort, jedoch ohne nennenswerte Erfolge.

Das Jahr 2026 ist (bisher) von einer relativen Stagnation an der Frontlinie geprägt. Auf dem Schlachtfeld dominieren auf beiden Seiten Drohnen, die über Glasfaserkabel oder mithilfe von KI gesteuert werden. Dadurch hat sich die sogenannte Kill-Zone auf einen Bereich von 15 bis 20 Kilometern Entfernung von der Kontaktlinie ausgeweitet. Die russische Frühjahrs- und Sommeroffensive ist als gescheitert anzusehen, während die ukrainischen Streitkräfte auf eine aktive Verteidigung mit periodischen taktischen Gegenangriffen setzen.

Gleichzeitig hat sich der Luftkrieg auf beiden Seiten deutlich intensiviert und zunehmend tief in das jeweilige gegnerische Hinterland verlagert. Der Ukraine gelingt es durch effektive Mittelstreckenangriffe, die Energieversorgung und Logistik auf der Krym erheblich zu beeinträchtigen. Im Schwarzen und Asowschen Meer blockieren sich beide Seiten zunehmend gegenseitig beim Hafenbetrieb und beim Getreideexport.

Die gegenseitigen Angriffe auf Infrastruktur und Logistik führen auf beiden Seiten zu Ressourcenengpässen, die sich jedoch unterschiedlich äußern. Russland ist mit einer Kraftstoffkrise konfrontiert. In der Ukraine sind mehr als 80 Prozent der thermischen und Wasserkraftwerke beschädigt. Hinzu kommen erhebliche Verluste in einzelnen Infrastrukturbereichen, darunter Häfen, Eisenbahn, Tankstellen und Einzelhandel.

Wie wird es weitergehen? Das naheliegendste Szenario ist eine weitere Eskalation des Krieges durch Russland im Winter 2026/2027. Der Kreml macht aus diesen Absichten keinen Hehl. Die Ukraine ihrerseits wird mit Angriffen auf die russische Infrastruktur und militärische Einrichtungen reagieren. Die wichtigsten Fragen lauten: Wird sich Russland bei der Eskalation des Krieges ausschließlich auf die Ukraine beschränken, oder wird es Versuche militärischer Angriffe oder groß angelegter Formen der hybriden Kriegsführung, insbesondere eines massiven Sabotagekriegs, gegen EU- und NATO-Staaten geben? Die weitere Entwicklung der

militärisch-politischen Lage wird auch davon abhängen, in welchem Zustand und mit welchen Positionen die Ukraine, Russland und die westlichen Länder in das sechste Kriegsjahr eintreten werden.

Gibt es eine Chance auf eine Verhandlungslösung?

Das Jahr 2026 begann mit einer Wiederbelebung des Verhandlungsprozesses zur Beendigung des russisch-ukrainischen Krieges. Im Januar 2026 kam es erstmals zu direkten Friedensverhandlungen im trilateralen Format (USA – Ukraine – Russland), wo die Umsetzung des US-Friedensplans besprochen wurde.

In Kyjiw hoffte man zu diesem Zeitpunkt (es gab entsprechende Erklärungen des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj und des Leiters seines Büros, Kyrylo Budanow), dass es gewisse Möglichkeiten für das Erreichen friedlicher Vereinbarungen gebe. Doch es kam anders und bereits im Februar wurde der Verhandlungsprozess wieder ausgesetzt. Zwei Faktoren trugen dazu bei.

Erstens war der Verhandlungsprozess in eine Sackgasse geraten. Gemäß Trumps Friedensplan hofften die Amerikaner auf einen Kompromiss: Die Ukraine zieht ihre Truppen aus dem Donbas ab und dafür stellt Russland die Kriegshandlungen ein. Das war für die Ukraine jedoch inakzeptabel. Und dies ist nicht nur die Position der ukrainischen Regierung. Laut einer Umfrage des Kyjiwer Internationalen Instituts für Soziologie (KIIS), die vom 20. Juli bis zum 3. August 2026 durchgeführt wurde, halten es 60 Prozent der Befragten für absolut inakzeptabel, den Donbas im Austausch gegen Sicherheitsgarantien unter russische Kontrolle zu stellen. Zudem glaubt man in Kyjiw nicht daran, dass Russland danach den Krieg beenden würden, sondern dass Moskau dann auch noch die Übergabe der Regionen Cherson und Saporischschja fordern würde. Die russische Delegation wiederum verlangte ein Friedensabkommen ausschließlich zu russischen Bedingungen und lehnte alle Kompromissvorschläge der ukrainischen Seite ab.

Zweitens begannen die USA gemeinsam mit Israel den Krieg gegen den Iran. Dies lenkte die Aufmerksamkeit sowohl der Trump-Regierung als auch ihrer Sonderbeauftragten (Steve Witkoff und Jared Kushner) von den Verhandlungen über die Beendigung des russisch-ukrainischen Krieges ab.

Daher stockt der Verhandlungsprozess weiterhin. Zwar kam es am 23. Juli 2026 zu einem Treffen zwischen dem US-Außenminister Marco Rubio und seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow. Aber Rubio erklärte, dass die bisherigen Friedensvorschläge gescheitert und in eine Sackgasse geraten seien. Sollte es überhaupt zu einem Frieden kommen, so Rubio, dann nur dank »irgendwelcher neuer Ideen und neuer Konzepte«,

die die USA unter den richtigen Bedingungen vorzuschlagen bereit seien.

Wie diese »neuen Ideen und Konzepte« der USA im Verhandlungsprozess zur Beendigung des Krieges aussehen könnten, ist bislang unbekannt. Nach Aussagen einzelner US-Beamter (allerdings nicht auf höchster Ebene) und Berichten westlicher Medien ist von verschiedenen Optionen für einen Waffenstillstand als vorläufiges Friedensabkommen die Rede. Moskau lehnt dies jedoch ab und bringt dies auf hoher offizieller Ebene öffentlich zum Ausdruck.

Am 25. August stattete CIA-Direktor John Ratcliffe Moskau überraschend einen Besuch ab, dessen Ziele bis heute nicht genau bekannt sind. Während dieses Besuchs schlug er der russischen Seite laut Berichten einiger amerikanischer Medien vor, die Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine unter amerikanischer Vermittlung wieder aufzunehmen, insbesondere ein Dreiertreffen zwischen Trump, Putin und Selenskyj abzuhalten. Die Antwort der russischen Seite fiel jedoch wie üblich aus: Ein solches Treffen sei nur zur endgültigen Formalisierung bereits ausgearbeiteter Vereinbarungen möglich.

Der russische Präsident Wladimir Putin geht weiterhin davon aus, dass die Ukraine dem russischen Druck nicht standhalten und den Krieg verlieren wird. Er erklärte zudem, dass die Verhandlungen über die Beendigung des russisch-ukrainischen Krieges auf Eis gelegt seien und dass Russland derzeit nicht beabsichtigt, die Friedensverhandlungen mit der Ukraine wieder aufzunehmen.

Es ist offensichtlich, dass Russland gerade jetzt nicht zu einem Waffenstillstand bereit ist. Derzeit und in den kommenden Monaten ist die Ukraine gegenüber russischen Raketenangriffen verwundbar. Und solange der Kreml diesen »Trumpf« in der Hand hält (zumal kurz vor dem Winter), wird die russische Führung darauf hoffen, dass sie entweder den Krieg gewinnen oder die Ukraine zu erheblichen Zugeständnissen zwingen kann. Die Ukraine muss diese Phase überstehen, und die internationalen Partner der Ukraine müssen ihre Unterstützung verstärken sowie den Sanktions- und politischen Druck auf Russland erhöhen.

Erst wenn Moskau begreift, dass die erneute Winteroffensive erfolglos geblieben ist, dass man keine Chance auf einen Sieg über die Ukraine hat und dass die sozio-ökonomischen Probleme im eigenen Land immer größer werden, wird sich ein Zeitfenster für neue Friedensverhandlungen öffnen.

Der aktuelle internationale Kontext des russisch-ukrainischen Krieges

Eine entscheidende Veränderung im internationalen Kontext des russisch-ukrainischen Krieges fand bereits im Jahr 2025 im Zusammenhang mit der Rückkehr

Donald Trumps an die Macht in den USA statt. Während Trumps zweiter Amtszeit stellten die USA ihre militärische und finanzielle Hilfe für die Ukraine ein. Lediglich die Bereitstellung von Satelliten- und Aufklärungsdaten für die Ukraine wird fortgesetzt, was ebenfalls von großer Bedeutung ist. Die USA unter Trump sehen ihre Rolle im russisch-ukrainischen Krieg im Wesentlichen als Vermittler mit dem Ziel, die Verhandlungen über die Beendigung des Krieges zwischen Russland und der Ukraine zu fördern.

Damit ist Europa (sowohl die EU als auch einzelne europäische EU- und Nicht-EU-Länder, die aber Mitglieder der NATO sind) zum wichtigsten Partner der Ukraine bei der Bereitstellung finanzieller und militärischer Hilfe geworden. Und das hilft der Ukraine, dem russischen Einmarsch standzuhalten. In diesem Zusammenhang war die Entscheidung der Europäischen Union, der Ukraine für die Jahre 2026–2027 finanzielle und militärische Hilfe in Höhe von 90 Milliarden Euro zu gewähren, von grundlegender Bedeutung. Dies schafft eine ausreichend solide finanzielle Grundlage für die Fortsetzung des ukrainischen Widerstands gegen die russische Invasion in diesem Zeitraum.

Parallel dazu vollzieht sich ein weiterer bedeutender Prozess: Die Ukraine wandelt sich zunehmend von einem »Hilfsempfänger« zu einem integralen Bestandteil des europäischen Sicherheitssystems. In verschiedenen Formaten entwickelt sich die militärisch-politische und militärisch-technische Integration der Ukraine mit den Ländern Europas. Insbesondere geht es um die Bildung verschiedener Koalitionen – von der »Koalition der Willigen« bis hin zu »Fähigkeitskoalitionen« im »Ramstein«-Format (Luftwaffen-, Artillerie- und Drohnenkoalitionen usw.).

Auch die europäische Integration der Ukraine schreitet voran. Am 15. Juni wurde das erste Verhandlungskluster über die »Grundlagen des EU-Beitritts« (»Fundamentals«) offiziell eröffnet, im Juli folgte Cluster sechs zu den Außenbeziehungen. Gleichzeitig treibt die EU-Integration den inneren Reformprozess der Ukraine voran, selbst unter Kriegsbedingungen.

Was die Sanktionspolitik der westlichen Länder gegenüber Russland angeht, zeigten sich 2025–2026 Verzögerungen bei der Verhängung neuer Sanktionen, deren relative Schwäche sowie das Fehlen einer gemeinsamen Position zwischen den USA und der EU und sogar innerhalb der Europäischen Union.

Der Krieg der USA und Israels gegen den Iran hatte eine Reihe negativer Folgen für die ganze Welt, insbesondere auch für die Ukraine. Vor allem kam es zu akuten Problemen bei der Versorgung mit Öl und Gas aus der Region des Persischen Golfs, was einen sprunghaften Anstieg der Preise für Öl, Gas und Erdölprodukte auslöste. Dies verbesserte zugleich die finanzielle Lage

Russlands als Öl- und Gasexporteur und verschaffte dem Land zusätzliche finanzielle Mittel zur Fortsetzung des Krieges gegen die Ukraine. Der Krieg im Iran lenkt zudem die Aufmerksamkeit der USA und der internationalen Gemeinschaft vom russisch-ukrainischen Krieg und vom Verhandlungsprozess ab. Der größte Nachteil für die Ukraine besteht aber darin, dass ein enormer Mangel an militärischen Ressourcen entstanden ist, vor allem an Luftabwehrsystemen und Abfangraketen, die die Ukraine dringend benötigt.

Ein weiterer negativer Trend ist die Verschärfung der Spannungen zwischen den USA und den europäischen Ländern innerhalb der NATO. Für Europa ist ein Sicherheitsparadoxon entstanden: eine gewisse Schwächung der NATO bei gleichzeitiger Steigerung der Militärausgaben und der militärischen Produktion in den europäischen NATO-Staaten. Europa ist gezwungen, immer mehr Verantwortung für seine eigene Sicherheit zu übernehmen, was strategisch gesehen aber eine positive Entwicklung ist – die sich aber viel zu langsam durchsetzt.

Zu einer neuen Herausforderung für die europäische Sicherheit wird der hybride Krieg Russlands gegen Europa, der inoffiziell und nicht erklärt ist, aber immer größere Ausmaße annimmt. Dazu zählen informationspolitische Einmischung in gesellschaftspolitische Prozesse einzelner EU- und NATO-Staaten; Sabotageakte auf europäischem Gebiet; Angriffe auf kritische Infrastruktur; aggressive Cyberoperationen; GPS/GNSS-Störungen und -Spoofing; Zunahme russischer Luftraumverletzungen; Vorfälle mit unbekannten Drohnen auf dem Territorium europäischer Länder.

Ein anschauliches Beispiel für Russlands hybriden Krieg gegen europäische Länder war der versuchte Sprengstoffanschlag mithilfe von Drohnen in Leipzig. Anfang August 2026 wurde auf der Start- und Landebahn des Flughafens eine Drohne entdeckt, die mit militärischem Sprengstoff beladen war – allerdings mit einem defekten Zünder. Das Gerät lag in unmittelbarer Nähe eines ukrainischen Frachtflugzeugs. Später, am 14. und 25. August, wurden im Umkreis des Flughafens zwei weitere mit Sprengstoff beladene Drohnen gefunden. Nach umfassenden Ermittlungen machte die deutsche Regierung am 1. September 2026 Russland offiziell für den versuchten Terroranschlag verantwortlich und verhängte eine Reihe von Sanktionen.

Es wird immer offensichtlicher, dass das Risiko russischer militärischer Angriffe (möglicherweise in hybrider Form) auf Nachbarländer der NATO und der EU erheblich zunimmt. Am stärksten gefährdet sind die baltischen Staaten. Ziel solcher Angriffe könnte der Versuch sein, die NATO und die EU militärisch und politisch zu destabilisieren, die militärische und finanzielle Unterstützung der Ukraine durch europäische Länder zu schwächen und im Idealfall ganz einzustellen sowie

Europa zu einem Sicherheitsabkommen zu Russlands Bedingungen zu zwingen.

Eine der gefährlichsten Tendenzen ist die Internationalisierung des russisch-ukrainischen Krieges. Sie ist ab 2024 besonders deutlich zu erkennen und wird vermutlich weiter zunehmen. Ihr deutlichster Ausdruck ist die Beteiligung nordkoreanischer Soldaten am Krieg gegen die Ukraine. Hinzu kommen zahlreiche freiwillige Kämpfer und immer mehr Söldner aus anderen Ländern, die auf beiden Seiten kämpfen. Russland und die Ukraine haben um sich herum internationale Unterstützungscoalitionen gebildet, die sich immer deutlicher zu Wort melden. Der russisch-ukrainische Krieg (insbesondere in der Luft und auf See) verursacht zunehmend Sicherheitsprobleme für die Nachbarländer.

China nimmt weiterhin eine relativ passive Haltung gegenüber dem russisch-ukrainischen Krieg ein: Es unterstützt den Krieg Russlands gegen die Ukraine nicht, verurteilt ihn aber auch nicht – und profitiert gleichzeitig davon. Peking ist weder an einer militärischen Niederlage Russlands noch an einem direkten Krieg mit dem Westen interessiert. Es handelt aus einer Art »freundschaftlicher Neutralität« gegenüber Russland. Doch die Gefahr einer Ausweitung der Kampfhandlungen, z. B. auf das Gebiet von Belarus oder die EU-Länder, könnte für China zu einer negativen Herausforderung werden. Der Einfluss des internationalen Kontexts auf den russisch-ukrainischen Krieg könnte nächstes Jahr entscheidend werden.

Die innenpolitische Lage in der Ukraine

Der auffälligste Trend des letzten Jahres ist die Zunahme innenpolitischer Turbulenzen in der Ukraine vor dem Hintergrund des Krieges. Es gibt mehr innenpolitische Bewegung, bis hin zu konfliktreichen politischen Auseinandersetzungen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Einheit der ukrainischen Gesellschaft vollständig verloren gegangen ist. Die Mehrheit der Ukrainer:innen ist sich zwar weiterhin einig, dass Widerstand gegen den äußeren Feind notwendig ist – aber es gibt keinen breiten Konsens mehr in Bezug auf die Regierung. Die Haltung gegenüber den staatlichen Institutionen wie dem Präsidenten, dem Parlament und der Regierung ist kritischer geworden.

Einer der Hauptgründe für diesen Trend sind Korruptionsskandale. Dies begann bereits im Jahr 2023. Doch seit Juli 2025, als die ersten landesweiten Demonstrationen gegen die Einschränkung der Befugnisse der Antikorruptionsbehörden stattfand (vgl. dazu Ukraine-Analysen 322, <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/322/>), wurde dieses Problem zu einem zentralen Auslöser für innenpolitische Auseinandersetzungen. Dies hängt auch mit der Intensivierung der Ermittlungen durch die ukrainischen Antikorruptionsbehörden,

der Aufdeckung von Korruptionsfällen unter hochrangigen Amtsträger:innen sowie der politischen Auseinandersetzung mit den Antikorruptionsermittlungen zusammen.

Bei der Analyse dieses Problems muss das Paradoxon der Korruption in Kriegszeiten berücksichtigt werden. Korruption ist ein seit langem bestehendes und schwerwiegendes Problem für die Ukraine, und sie ist auch während des Krieges nicht verschwunden. Im Gegenteil: Gerade unter Kriegsbedingungen wird sie von der Öffentlichkeit noch schärfer wahrgenommen und löst kritische gesellschaftliche Reaktionen aus. Dieses reale Problem war jedoch insofern nicht verhängnisvoll für die Ukraine, als dass es das Land nicht daran gehindert hat, der russischen Vollinvasion standzuhalten.

Ein weiteres Paradoxon besteht darin, dass je mehr Aufsehen die Antikorruptionsermittlungen erregen, desto mehr über Korruption gesprochen wird. Von grundlegender Bedeutung ist jedoch, dass die Antikorruptionsbehörden der Ukraine ihre Tätigkeit deutlich intensiviert haben. Die Ermittlungen des Nationalen Antikorruptionsbüros der Ukraine (NABU) betrafen auch einige Personen aus dem engsten Umfeld von Präsident Selenskyj sowie zahlreiche Abgeordnete des ukrainischen Parlaments. Dies führte zweifellos zu zusätzlichen politischen Spannungen.

Dennoch genießt Präsident Selenskyj bislang das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung: Laut einer Umfrage des KIIS vertrauten im August/September 54 Prozent der Befragten dem Präsidenten, und die Meinungsforschungsgruppe »Rating« kam im August zu einem ähnlichen Zustimmungswert von 59 Prozent. Dabei vertraute etwa die Hälfte dieser Menschen dem Präsidenten voll und ganz, die andere Hälfte vertrauen ihm eher, dass das sie ihm misstrauen. Diejenigen, die Selenskyj eher vertrauen, unterstützen sein Handeln vor allem in den Bereichen Außenpolitik und Verteidigung, kritisieren ihn jedoch hinsichtlich der innenpolitischen Lage. Gleichzeitig ist jedoch die Mehrheit – zwei Drittel laut einer Umfrage vom Mai 2026 – der Meinung, dass die Ukraine nach Kriegsende einen neuen Präsidenten brauchen wird.

Aufgrund des Kriegsrechts fanden in der Ukraine seit sieben Jahren keine Präsidentschafts- und Parlamentswahlen mehr statt. Obwohl viele Menschen in der Ukraine zahlreiche Vorwürfe gegen die staatlichen Institutionen hegen (inklusive dem Präsidenten), sind sie der Ansicht, dass Wahlen und ein Machtwechsel erst nach Kriegsende stattfinden sollten. Dies zeigte sich z. B. im Zuge der politischen Auseinandersetzungen um die Entlassung von Mychajlo Fedorow als Verteidigungsminister im Juli 2026. Mit 72 Prozent verurteilte zwar die Mehrheit der Ukrainer:innen laut einer Umfrage der Meinungsforschungsgruppe »Rating« die

Entlassung von Fedorow. Als er jedoch vorschlug, die Möglichkeit von Wahlen während des Krieges zu prüfen, stieß dies auf heftige Kritik, unter anderem auch seitens vieler seiner Anhänger:innen. Gleichzeitig fordern die Ukrainer:innen von den Behörden mehr Aufmerksamkeit und Respekt für die Haltung der Gesellschaft, wie die Protestaktionen im Sommer 2025 und 2026 zeigen.

Der anhaltende Krieg wirkt sich zweifellos auf den Zustand der ukrainischen Gesellschaft aus. Es herrscht Kriegsmüdigkeit und es gibt zahlreiche negative Folgen. Gleichzeitig aber herrscht das Verständnis vor, dass die Menschen durchhalten müssen und für einen Frieden auch Kompromisse eingehen werden müssen. Die ukrainische Gesellschaft steht zahlreichen Problemen – Korruptionsskandalen, Mobilisierungsmethoden und Fehlentscheidungen der Regierung – zwar kritisch gegenüber. Es besteht jedoch ein weitgehender Konsens, dass der Krieg das Hauptproblem ist und das Land sich nicht in einen tiefgreifenden inneren Konflikt hineinziehen las-

sen dürfe. Trotz innenpolitischer Probleme und Herausforderungen bleibt der Widerstand gegen die russische Invasion die oberste Priorität für die Ukrainer:innen.

Fazit

Das fünfte Jahr des russisch-ukrainischen Krieges wird kaum entscheidend sein. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, dass der Krieg in den nächsten sechs Monaten nicht enden wird. Putin hofft immer noch, die Ukraine mit Gewalt zur Kapitulation zu zwingen. Allerdings ist es ihm in den ersten viereinhalb Kriegsjahren nicht gelungen, dieses Ziel zu erreichen, und es wird ihm auch jetzt nicht gelingen. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass dieser Krieg entweder eine noch umfassendere und gefährlichere Eskalationsstufe erreicht – oder allmählich endgültig in eine Sackgasse gerät. Dann wird die Notwendigkeit von Verhandlungen über seine Beendigung noch dringlicher werden.

Über den Autor

Dr. *Volodymyr Fesenko* ist Politikwissenschaftler und Direktor des Penta-Zentrums für politische Studien in Kyjiw. Seine Forschungen konzentrieren sich auf die Politik in der Ukraine, die ukrainisch-russischen Beziehungen, politische Parteien und politische Eliten.

ANALYSE

Braut sich ein politischer Sturm in der Ukraine zusammen?

Balázs Jarábik

DOI: 10.31205/UA.335.02

Zusammenfassung

Durch die Umbildung der ukrainischen Regierung im Juli 2026 wurde das Kabinett wieder fest unter die Kontrolle des Präsidenten gebracht und Mychajlo Fedorows politischer Vorstoß wurde eingedämmt. Hinter dieser scheinbaren Konsolidierung verbirgt sich eine gefährlichere Entwicklung: Ein eskalierender Kampf zwischen der politischen Führung, den Sicherheitsdiensten, den Antikorruptionsbehörden und informellen Finanznetzwerken.

Einleitung

Dieser Machtkampf forderte bereits erste Opfer. Die »Operation Karthago« genannten Ermittlungen des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) deckten einen Betrugsmechanismus auf, der zum Rücktritt des Generalstaatsanwalts Ruslan Krawtschenko führte. Etwa ein Dutzend hochrangige Persönlichkeiten aus dem Umfeld von Wolodymyr Selenskyj befinden sich derzeit in Haft, stehen unter Ermitt-

lungsdruck oder sind ins Ausland geflohen. Unterdessen hat eine Schießerei Anfang September mitten in Kyjiw zwischen Spezialeinheiten des Inlandsgeheimdienstes SBU und des Militärgeheimdienstes HUR eine noch beunruhigendere Frage aufgeworfen: Entgleitet der institutionelle Machtkampf allmählich der politischen Kontrolle?

Diese Vorfälle sind keine isolierten Skandale. Sie spiegeln eine tiefere politische Auseinandersetzung

zwischen dem (immer weiter) zentralisierten Regierungsstil von Selenskyj und ihrem mächtigsten innenpolitischen Gegengewicht wider: der sogenannten »Antikorruptions-Koalition«. Dieser Konflikt entfaltet sich vor dem Hintergrund einer allgemeinen Zersplitterung des ukrainischen Staats im Krieg und beschleunigt diese. SBU, HUR, die Antikorruptionsbehörden, das Präsidialamt, Wirtschaftsnetzwerke und in einigen Fällen auch organisierte kriminelle Netzwerke konkurrieren zunehmend um Personal, Geheimdienstinformationen, Zuständigkeiten, Finanzströme und politischen Einfluss. Sie sind zwar weiterhin vereint im Kampf gegen den äußeren Feind Russland, insbesondere bei Operationen im Ausland, doch die Auseinandersetzung im Inland nimmt immer drastischere Züge an.

Die Antikorruptions-Koalition

Die derzeitige institutionelle Konfrontation in der Ukraine begann schon lange vor der jüngsten Regierungsumbildung. Ihre Ursprünge liegen in der wachsenden Autonomie dessen, was man grob als Antikorruptions-Koalition bezeichnen kann. Im Kern stehen NABU und Antikorruptionsstaatsanwaltschaft (SAPO), flankiert von zivilgesellschaftlichen Antikorruptionsorganisationen, investigativen Medien, einigen oppositionellen politischen Kräften und Teilen des Strafverfolgungssystems.

Es handelt sich hierbei nicht um eine konsolidierte politische Bewegung. Ihre einzelnen Bestandteile haben unterschiedliche Interessen und stehen manchmal in Konkurrenz zueinander. Jedoch sind sie sich einig darin, sich der Kontrolle des Präsidenten über Korruptionsermittlungen zu widersetzen.

Im aktuellen Kriegszustand hat diese informelle Koalition teilweise die Rolle übernommen, die normalerweise von der politischen Opposition ausgeübt wird. Obwohl die ihr angehörenden Akteure kein besonders hohes Maß an öffentlichem Vertrauen genießen, haben NABU und SAPO weiterhin die Unterstützung westlicher Regierungen und verfügen über eine Ressource, die den politischen Oppositionsparteien fehlt: Zugang zu sensiblen Informationen über die finanziellen und politischen Netzwerke im Umfeld der Machthabenden. Ihre Ermittlungsbefugnisse ermöglichen es ihnen nicht nur, Fehlverhalten aufzudecken, sondern auch beträchtlichen politischen Einfluss zu nehmen.

Die Konfrontation spitzte sich im Juli 2025 zu, als NABU und SAPO Ermittlungen vorantrieben, die später als »Operation Midas« bzw. »Minditsch-Gate« bekannt wurden. Im Mittelpunkt standen mutmaßliche Finanznetzwerke um Timur Minditsch, Selenskys ehemaligen Geschäftspartner und engen Vertrauten. Aufzeichnungen, die im Rahmen der Ermittlungen in

seinen Wohnungen gemacht wurden, sollen mit Hilfe des inhaftierten Oligarchen Ihor Kolomojskyj beschafft worden sein, dessen Medienimperium Selenskys politischen Aufstieg gefördert hatte, bevor es zum Zerwürfnis zwischen den beiden kam.

Kolomojskyjs (mögliche) Verwicklung offenbart einen unangenehmen Aspekt der ukrainischen Korruptionsbekämpfung: Ermittlungen wegen tatsächlicher Vergehen stützen sich häufig auf Informationen, die von kompromittierten Insidern, rivalisierenden Wirtschaftsinteressen oder politischen Akteur:innen geliefert werden, die ihr eigenes Überleben sichern wollen. Dies entwertet die Bemühungen nicht, bedeutet aber, dass der Kampf gegen die Korruption innerhalb der bestehenden politischen Ökonomie der Ukraine stattfindet – und nicht außerhalb davon.

Als sich die »Minditsch-Gate« Ermittlungen dem Umfeld des Präsidenten näherten, führten der SBU, das Staatliche Ermittlungsbüro (DBR) und die Generalstaatsanwaltschaft Dutzende von Durchsuchungen durch, die sich gegen NABU-Mitarbeitende richteten. Mindestens fünfzehn Personen waren davon betroffen, während NABU-Personal von Misshandlungen – und in einigen Fällen sogar von Folter – in der Haft berichtete. Einige der Betroffenen hatten an der Aufdeckung des Minditsch-Netzwerks mitgearbeitet.

Auf den operativen Druck folgte der Versuch, NABU und SAPO dem Generalstaatsanwalt zu unterstellen. Dieser Schritt löste die größten innenpolitischen Proteste seit der groß angelegten Invasion aus und mobilisierte zivilgesellschaftliche Gruppen und Teile der Opposition. Selenskyj und das Parlament stellten schließlich die formelle Unabhängigkeit der beiden Antikorruptionsbehörden wieder her. Sein einflussreicher Stabschef, Andrij Jermak, wurde daraufhin entlassen, während sich um das im Juli 2025 neugebildete Swyrydenko-Kabinett eine Ad-hoc- und Kompromisskoalition bildete, die eine gewisse Machtteilung zwischen dem Präsidentenbüro und dem Parlament bewirkte.

Zu dieser Zeit fungierte der Stellvertretende Ministerpräsident Mychajlo Fedorow als Vermittler zwischen der Generalstaatsanwaltschaft und dem Antikorruptionslager, während der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei Dawyd Arachamija und HRU-Direktor Kyrylo Budanow ebenfalls maßgeblich an den Bemühungen zur Absetzung von Jermak beteiligt waren. Dennoch veränderte diese Episode die Art der Konfrontation. NABU und SAPO betrachteten das Präsidialsystem zunehmend als Bedrohung für ihr institutionelles Überleben, während Selenskys Verbündete die Antikorruptionsbehörden als autonome politische Kraft ansahen, die darauf abzielten, das System zu zerschlagen.

Von »Minditsch-Gate« zur »Operation Karthago«

Das Gleichgewicht hat sich seitdem weiter verschoben. Selenskyj festigte durch die neuerliche Regierungsumbildung zwar seine formelle politische Autorität wieder und es gelang ihm auch, die durch Mychajlo Fedorows Entlassung entstandene Herausforderung wieder einzudämmen. Doch unterdessen trieben NABU und SAPO ihre Ermittlungen tiefer in die Netzwerke des Präsidenten, des Parlaments und der Strafverfolgungsbehörden voran.

Im August veröffentlichten sie ihre Ermittlungsergebnisse der Operation »Forrest Gump«, die die stellvertretende Leiterin des Präsidialamts, Iryna Mudra, den Abgeordneten Wadym Stolar, den Abgeordneten Maksym Mykytas sowie weitere Beamte mit Verbindungen zum Justizministerium und zur staatlichen Sense Bank betrafen. Es ging unter anderem um illegal beschaffte Kautionszahlungen für prominente Angeklagte im »Minditsch-Gate«-Skandal. Außerdem könnte die Operation »Forrest Gump« auch Kyrylo Budanow belasten, der im Januar 2026 die Leitung des Präsidialamts übernahm. Budanow hegt zwar eigene politische Ambitionen, hat jedoch Schwierigkeiten, den institutionellen Einfluss und die politische Macht seines Vorgängers Andrij Jermak zu erreichen.

Anfang September brachten NABU und SAPO mit der Ermittlungen der Operation »Karthago« die Generalstaatsanwaltschaft unter Druck. Sie werfen einem hochrangigen Beamten der Generalstaatsanwaltschaft vor, eine kriminelle Vereinigung gegründet zu haben, um Einnahmen aus betrügerischen Callcentern zu waschen. Generalstaatsanwalt Ruslan Krawtschenko wurde zwar nicht explizit als Verdächtiger genannt, doch er musste infolgedessen zurücktreten und setzte sich Mitte September ins Ausland ab.

Dies war für Selenskyj mehr als nur ein weiterer Personalverlust. Der Generalstaatsanwalt übt entscheidende Befugnisse in Verfahren gegen Abgeordnete aus – derzeit laufen gegen etwa 60 Abgeordnete Ermittlungen des NABU – und bietet somit einen wichtigen institutionellen Schutzschild für die bröckelnde parlamentarische Mehrheit des Präsidenten (siehe dazu die Analyse in dieser Ausgabe). Krawtschenkos Entlassung könnte in weiteren Ermittlungen gegen das Umfeld des Präsidenten resultieren, wie z. B. gegen den Fraktionsvorsitzenden Dawyd Arachamija, der bereits als mögliches zukünftiges Ziel der Antikorruptionsbehörden genannt wird.

Krawtschenkos Ausscheiden überträgt die Kontrolle über die Generalstaatsanwaltschaft zwar nicht an NABU und SAPO. Das Präsidialamt wird versuchen, die Kontrolle über die Generalstaatsanwaltschaft und ihre Fähigkeit, Verfahren gegen Abgeordnete aus dem Regierungslager zu behindern, zu bewahren.

Dennoch reicht der politische Schaden über Krawtschenko selbst hinaus. NABU und SAPO haben bewiesen, dass ihre Ermittlungen hochrangige Verbündete des Präsidenten aus dem Amt entfernen können, selbst ohne sie namentlich als Verdächtige zu benennen. Dies dürfte die gesamte Strafverfolgungshierarchie demoralisieren und die Erwartung schwächen, dass Loyalität gegenüber des Präsidialamts Schutz garantiert. Der Name »Karthago« wurde nicht zufällig gewählt sondern soll suggerieren: Die Ermittlungen richten sich gegen mehr als einen korrupten Beamten und zielen wohl darauf ab, das tief verwurzelte, korrupte System innerhalb der Generalstaatsanwaltschaft ins Visier zu nehmen, das zerstört werden müsse – so wie Rom in der Antike Karthago zerstören wollte. Die Netzwerke der Staatsanwaltschaft und der Strafverfolgungsbehörden, die das Präsidialsystem schützen, sollen geschwächt werden. Krawtschenkos Fall zeigt, dass Selenskyjs bewährte Reaktion auf solche Fälle – die Entlassung entlarvter Beamten:innen und deren Ersatz durch andere loyale Personen zur Wahrung der Kontrolle über die gesamte Struktur – immer schwerer aufrechtzuerhalten ist.

Das System des Präsidenten steht somit vor einem kritischen Moment. Es kann entweder weitere institutionelle Zugeständnisse akzeptieren, einschließlich von Reformen, die die Kontrolle über die Strafverfolgungsbehörden einschränken würden, oder es kann eine weitere Gegenoffensive gegen NABU, SAPO und deren breiteres politisches Unterstützungsnetzwerk versuchen. Doch das Zeitfenster für einen solchen Gegenangriff könnte sich verringern: Jede Ermittlung, durch die weitere loyale Beamten:innen aus dem Verkehr gezogen werden, schmälert die Fähigkeit der Exekutive, zurückzuschlagen.

Fedorows eingedämmter Aufstand

Wie viele andere Amtsträger:innen, die während des Krieges entlassen wurden, begann auch der nach nur einem halben Jahr im Amt geschasste ehemalige Verteidigungsminister Mychajlo Fedorow erst nach seinem Ausscheiden, grundlegende Versäumnisse im System öffentlich aufzuzeigen. Seitdem hat er gewarnt, dass die Ukraine den Krieg langsam verliert, behauptet, dass kaum 5 Prozent des Staatsapparats effektiv funktionieren, prangerte »totale Korruption« an und forderte eine Diskussion über Wahlen während des Krieges.

Fedorow ist bestens in der Lage, die Schwächen des Systems einzuschätzen. Er trat 2019 in Selenskyjs Team ein, war sieben Jahre lang in dessen höchsten Rängen tätig und leitete das Verteidigungsministerium von Januar bis Juli 2026. Doch genau diese Erfahrung ist auch sein größtes Glaubwürdigkeitsproblem. Sein öffentlicher Bruch erfolgte erst, nachdem Selenskyj sich gewei-
gert hatte, ihn als Verteidigungsminister wieder einzu-

setzen, obwohl er ihm vier alternative Posten angeboten hatte. Seine Forderung ließ sich daher nur schwer von persönlichem Ehrgeiz und dem Verlust seines Amtes trennen.

Fedorows unmittelbarer Vorstoß scheiterte. Die Proteste, die seine Rückkehr forderten, ebten allmählich ab, während er die Ernennung von Jewhen Chmara als seinem Nachfolger im Verteidigungsministerium nicht verhindern konnte. Die meisten Ukrainer:innen lehnen Wahlen während des Krieges weiterhin ab, und Fedorow fehlt es an breiter Unterstützung innerhalb der Streitkräfte. Vorerst ziehen die Menschen in der Ukraine möglicherweise auch Selenskyjs Kriegserfahrung und sein internationales Ansehen dem Versprechen von Fedorows technologischer Modernisierung vor.

Dennoch hat der Streit Fedorow von einem ehemaligen Beamten zu Selenskys erstem bedeutenden Herausforderer während des Krieges gemacht. Er ist zum sichtbarsten Vertreter einer politischen Wählerschaft geworden, die aus der liberalen Zivilgesellschaft, der Antikorruptions-Aktivist:innen, der Unternehmer:innen im Bereich Verteidigungstechnologie, der pro-westlichen Organisationen und von Teilen der städtischen Mittelschicht besteht. Seine Anziehungskraft beruht eher auf Jugend, Innovation und seiner Reputation für integre Regierungsführung als auf konventioneller militärischer Autorität. Damit steht er auf der liberalen und technologischen Seite der ehemaligen Maidan-Koalition, während sich nationalistische Militärnetzwerke auf die Seite des Präsidenten stellen.

Fedorow verlagert nun einen Teil seiner Aktivitäten ins Ausland, was es ihm ermöglicht, internationale Beziehungen zu pflegen, Finanzmittel zu beschaffen und sich die Möglichkeit einer politischen Rückkehr offen zu halten. Seine angebliche Tätigkeit als ehrenamtlicher Innovationsberater des italienischen Verteidigungsministeriums und sein Engagement beim Aufbau eines vom US-Softwarekonzern *Palantir* unterstützten Verteidigungstechnologieunternehmens könnten ihm eine internationale Plattform verschaffen. Letzteres wirft jedoch auch Fragen hinsichtlich potenzieller Interessenkonflikte auf, da er zuvor in seiner Ministerzeit mit dem Unternehmen zusammengearbeitet hatte. Die Situation wird zusätzlich durch die Befreiung von der Wehrpflicht kompliziert, die Fedorow kurz nach seiner Entlassung über eine ukrainische Stiftung erhielt.

Die Herausforderung durch Fedorow ist nicht unmittelbar, sondern (und falls) als Organisator eines alternativen Netzwerks, das die Zivilgesellschaft, westliches Technologiekapital und den ukrainischen Verteidigungsinnovationssektor miteinander verbindet. Selenskyj hat Fedorows Revolte erstmal eingedämmt, könnte aber einen Konkurrenten geschaffen haben, der in der Lage ist, Einfluss und Ressourcen außerhalb der Kon-

trolle des Präsidenten anzuhäufen. Fedorows Beziehung zur Antikorruptionskoalition ist besonders wichtig: Er ist zwar nicht deren formeller Anführer, könnte aber den unterschiedlichen Institutionen und Wählergruppen der Koalition ein politisches Vehikel bieten.

Die wirtschaftliche Komponente hinter dem »Krieg der Institutionen«

Bei dem Machtkampf zwischen den verschiedenen Institutionen geht es nicht nur um politische Autorität. Es geht auch um die Kontrolle über die Finanznetzwerke und illegalen Märkte, die während des Krieges expandierten. Betrügerische Callcenter sind das deutlichste Beispiel dafür, wie sich organisierte Kriminalität, legitime Wirtschaft, Strafverfolgung und politischer Schutz zunehmend überschneiden.

Diese Callcenter haben es mit betrügerischen Investitionsmodellen und anderen Formen der Online-Täuschung auf Opfer in der Ukraine, in Russland und in der Europäischen Union abgesehen. Eine aktuelle Studie schätzt, dass die Branche etwa 60.000 Menschen beschäftigt und monatlich bis zu 1 Milliarde US-Dollar erwirtschaftet. Solche Geschäfte können ohne den Schutz aus den Reihen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Sicherheitsdiensten nicht funktionieren. Die Kontrolle über sie bringt Einnahmen, Informationen und politischen Einfluss mit sich.

Die »Karthago«-Ermittlungen deckten diese Verflechtungen aus dem Inneren der Generalstaatsanwaltschaft auf. NABU und SAPO werfen amtierenden Staatsanwälten und mit ihnen verbundenen Mittelsmännern vor, Zahlungen dafür kassiert zu haben, dass sie den Betrieb betrügerischer Callcenter zuließen. Die Erlöse sollen sie anschließend über Immobilien, Luxusgüter und Konten von Verwandten oder Geschäftsleuten gewaschen haben. Die Ermittlungen könnten sich nun auf andere Strafverfolgungsbehörden ausweiten, darunter auch den SBU. Regelmäßige Razzien gegen Callcenter scheinen oft eher dazu zu dienen, den Markt neu aufzuteilen oder Schutzvereinbarungen zu übertragen, als das zugrunde liegende Geschäftsmodell zu unterbinden.

Der Bombenanschlag vom Juni 2026 auf den ukrainischen Geschäftsmann Wadym Jermolajew in Monaco veranschaulicht die internationale Reichweite dieses kriminellen Ökosystems. Es gibt Berichte, wonach das Attentat mit betrügerischen Callcentern in Verbindung steht, die von Jermolajews Sohn betrieben worden sein sollen. Laut anderen Quellen handelte es sich dabei jedoch um einen Streit um Gelder, die angeblich für das Chimprom-Drogennetzwerk gewaschen wurden. Diese Darstellung lässt sich nicht unabhängig bestätigen, passt jedoch in ein breiteres Muster, in dem ukrainische Geschäftsleute, kriminelle Gruppen und mit Sicher-

heitskreisen verbundene Vermittler in der EU und im ehemaligen sowjetischen Raum agieren.

Daraus ergeben sich in Teilen des Systems selektive Überschneidungen zwischen organisierter Kriminalität, wirtschaftlichen Akteuren und staatlichen Institutionen. Illegale Akteure werden toleriert oder geschützt, bis sie ihre politische Unterstützung verlieren, sich weigern, Einnahmen zu teilen, oder zu nützlichen Zielen in einem umfassenderen institutionellen Machtkampf werden.

Dies stellt eine direkte Herausforderung für die europäische Zukunft der Ukraine dar. Nachdem es Russland gelungen ist, diese Callcenter zu blockieren, sind die Opfer zunehmend in der EU zu finden. Die Erlöse werden über europäische Rechtsräume hinweg gewaschen, und die Unternehmen sind auf offiziellen Schutz innerhalb der Ukraine angewiesen. Die Frage ist, ob die Ukraine die Schutznetzwerke zerschlagen kann, die kriminelle Märkte mit Akteuren in Staatsanwaltschaft, Polizei und Sicherheitsdiensten verbinden. Ansonsten werden Strafverfolgungsmaßnahmen weiterhin bloß dazu führen, dass illegale Märkte umverteilt werden, statt stillgelegt.

Zersplitterung innerhalb des Sicherheitsapparats

Das Sicherheitssystem der Ukraine zerfällt in sich überschneidende institutionelle und informelle Netzwerke. SBU, HUR, NABU, SAPO, die Generalstaatsanwaltschaft und das Präsidialamt arbeiten zwar weiterhin gemeinsam gegen Russland, insbesondere bei Operationen im Ausland. Im Inland konkurrieren sie jedoch zunehmend um Personal, Geheimdienstinformationen, strafrechtliche Ermittlungen, politischen Einfluss und Zugang zu lukrativen Finanznetzwerken. Die Loyalität gegenüber dem Präsidenten spielt zwar nach wie vor eine Rolle, führt aber nicht mehr zu einer einheitlichen Befehlskette.

Der deutlichste Ausdruck davon war die bewaffnete Konfrontation zwischen Angehörigen des SBU und des HUR in der Schumska-Straße Anfang September in Kyjiw. Drei HUR-Beamte wurden verletzt, nachdem Mitglieder der mit der HUR verbundenen »Tymur«-Einheit während einer SBU-Operation gegen Stepan Kaplunov, den stellvertretenden Kommandeur des Russischen Freiwilligenkorps, eingetroffen waren. Selenskyj bezeichnete den Vorfall als skandalös und ordnete eine Untersuchung durch das Staatliche Ermittlungsbüro an. Der Vorfall rückte die seit Langem bestehende institutionelle Rivalität ins öffentliche Blickfeld. Der SBU gibt an, eine vom russischen FSB geleitete Operation vereitelt zu haben und über Beweise zu verfügen, dass Kaplunov Kontakte zum russischen Geheimdienst unterhalten habe. Kaplunov und seine Anhänger behaupten hingegen, er sei entführt, zehn Tage lang festgehalten und

unter Druck gesetzt worden, ein falsches Geständnis abzulegen, das ihn selbst und hochrangige HUR-Mitarbeiter belastet.

Der Vorfall spiegelt mehrere parallele Konflikte wider. Der amtierende SBU-Chef Oleksandr Poklad steht dem Präsidialamt nahe und strebt an, als ständiger Leiter des Dienstes bestätigt zu werden. Unterdessen versucht die neue Führung des HUR unter Oleh Iwaschtschenko, den Einfluss der alten Netzwerke von Vorgänger Budanow zu verringern. Wichtige Kampfeinheiten des HUR, darunter die »Tymur«-Einheit und russische Freiwilligenverbände, bleiben jedoch mit der früheren Führung verbunden und agieren mit beträchtlicher Autonomie. Kaplunovs Festnahme könnte daher sowohl ein legitimer Versuch der Spionageabwehr gewesen sein – als auch der Versuch, Material gegen das alte HUR-Netzwerk zu beschaffen.

Die Rivalität hängt auch mit finanziellen Interessen zusammen. Die Sicherheitsbehörden konkurrieren nicht nur um Operationen gegen Russland. Sie üben u. a. auch Einfluss auf Schmuggel, Callcenter und Beschaffungsgeschäfte aus. Diese Einnahmequellen erhalten informelle Netzwerke aufrecht, belohnen loyales Personal und verschaffen politischen Einfluss. Institutionelle Reformen oder Führungswechsel bedrohen folglich nicht nur Karrieren, sondern ganze Schutzgeld- und Finanzierungssysteme.

Dies führt zu einem umkämpften ukrainischen »Deep State«. Dabei handelt es sich nicht um eine einheitliche Struktur, die heimlich die Regierung kontrolliert, sondern um eine Ansammlung konkurrierender Netzwerke, die Sicherheitsbehörden, Präsidialamt, Antikorruptionsinstitutionen, Wirtschaftsinteressen und in einigen Fällen auch die organisierte Kriminalität miteinander verbinden. Ihre Mitglieder sind zwar weiterhin weitgehend vereint gegen Russland, streben jedoch zunehmend nach ihrem eigenen institutionellen Überleben im Inland. Die Gefahr besteht darin, dass jede Fraktion davon ausgeht, das übergeordnete System könne die Kosten ihrer Konfrontation weiterhin auffangen.

Selenskyjs nationalistisches Gegengewicht

Während sich der liberale Flügel der ehemaligen Maidan-Koalition in die Opposition begeben hat, stärkt Selenskyj seine Beziehungen zu den nationalistischen Militärnetzwerken. Die wachsende Autorität von Andrij Bilezkyj und Denys Prokopenko ist sowohl eine Reaktion auf die Erfordernisse des Kriegsgeschehens als auch Teil der Bemühungen des Präsidenten, eine zuverlässige innenpolitische Machtbasis aufzubauen.

Selenskyj hat Bilezkyj, den Kommandeur des 3. Armeekorps der Streitkräfte, und Prokopenko, den Kommandeur des 1. Asow-Korps der Nationalgarde, mit der Leitung der Einsatzverbände betraut, die kritische

Sektoren der Region Donezk verteidigen. Diese Ernennungen verleihen dem »Asow«-Korps zwar keine formelle Kontrolle über die gesamte Donbas-Front, erweitern jedoch die Befugnisse der mit dem »Asow«-Korps verbundenen Einheiten über ihre ursprünglichen Verbände hinaus und stellen potenziell Zehntausende weitere Soldaten unter ihre operative Führung.

Ihre Beförderung sollte im Zusammenhang mit der Ernennung von Mychajlo Drapatyj zum Oberbefehlshaber gesehen werden. Drapatyj ist ein Berufsoffizier, der sich seinen Ruf während des Donbas-Kriegs erworben hat – von den Kämpfen um Mariupol im Jahr 2014 bis hin zur Stabilisierung mehrerer kritischer Sektoren nach der Großinvasion. Er vertritt eine jüngere Generation von Befehlshabenden, die sich für mehr Autonomie auf dem Schlachtfeld, technologische Anpassung und persönliche Verantwortlichkeit anstelle der aus der Sowjetzeit stammenden Befehlskultur der Armee einsetzen.

Für diese Veränderungen gibt es militärische Gründe. Die Asow-Korps gelten weithin als diszipliniert, effektiv und offen für technologische Innovationen. Die Übertragung der Verantwortung für wichtige operative Verbände könnte es Drapatyj ermöglichen, sich auf die Gesamtstrategie zu konzentrieren, anstatt einzelne Sektoren im Detail zu steuern. Doch die Umstrukturierung hat auch eine politische Botschaft. »Asow« entwickelt sich zu einem institutionalisierten Zentrum militärischer Macht unter Drapatyjs formellem Kommando. Während Fedorows Auseinandersetzung mit Selenskyj weigerten sich die Anführer des Asow-Korps, den Verteidigungsminister zu unterstützen. Ihre Loyalität gegenüber dem Präsidenten wurde von Selenskyj daher mit größerer operativer Befugnis, öffentlicher Anerkennung und Zugang zu den höchsten Kommandoebenen belohnt. Zusammen mit dem SBU bleiben diese nationalistischen Militärnetzwerke die wichtigsten innenpolitischen Machtbasen von Selenskyj.

Über den Autor

Balázs Jarábik ist Politikanalyst, ehemaliger slowakischer Diplomat und Berater mit Schwerpunkt Osteuropa. Er ist Gründer von *Minority Report*, einem Beratungsunternehmen für politische Risiken, und Autor der Reihe *Essential Ukraine* bei R.Politik. Zuvor war er bei Carnegie Endowment for International Peace tätig und leitete die Abteilung für Politik und Analyse bei der Beratenden Mission der Europäischen Union für die Ukraine.

Dies bedeutet eine weitere Spaltung der ursprünglichen Maidan-Koalition. Liberale NGOs, Antikorruptionsorganisationen und nationalistische Bewegungen ergänzten sich einst im Widerstand gegen die alte politische Ordnung der Ukraine. Nun gehen ihre Interessen auseinander: Der liberale Flügel fordert den Präsidenten in Fragen der Korruption und der institutionellen Autonomie heraus; der nationalistische Flügel mit »Asow« wird im Gegenzug für politische Loyalität enger an die Macht gebunden.

Fazit

Selenskyj hat die formale Kontrolle über die Regierung wieder gefestigt, nicht jedoch über den gesamten Staat. Die Antikorruptions-Koalition geht gegen Teile des Präsidialsystems vor, die Sicherheitsbehörden buhlen um Macht und finanzielle Netzwerke und der Präsident stützt sich zunehmend auf nationalistische Militärstrukturen als Gegengewicht. Solange der Krieg andauert, wird die gemeinsame Bedrohung durch Russland diese Konflikte wahrscheinlich im Zaum halten. Dennoch dürften sie sich verschärfen – insbesondere, wenn weitere Ermittlungen Fraktionschef Arachamija und die fragile, auf Interessenabwägungen basierende Mehrheit erreichen –, und zwar zu einer Zeit, in der die Ukraine aufgrund des zunehmenden militärischen, finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Drucks immer weniger in der Lage ist, die damit verbundenen Kosten zu tragen.

Die jüngsten Entwicklungen sollten die EU dazu veranlassen, ihren Ansatz in Bezug auf die innere Sicherheit der Ukraine zu überdenken. Eine Neugestaltung der Beziehungen zwischen politischer Macht, Strafverfolgungsbehörden, Geheimdiensten und illegalen Märkten wird nicht nur für die Stabilität nach dem Krieg, sondern auch für die EU-Integrationsaussichten der Ukraine von entscheidender Bedeutung sein.

ANALYSE

Der stille Zusammenbruch der Werchowna Rada. Warum das Parlament in einer Krise steckt

Orest Zog, Nikita Holowynskyj (beide Texty.org)

DOI: 10.31205/UA.335.03

Zusammenfassung

In der Ukraine bahnt sich eine stille Parlamentskrise an. Für die Regierungsfraktion wird es immer schwieriger, genügend Stimmen zu finden. Die Abgeordneten sind erschöpft und verbringen immer weniger Zeit im Plenarsaal, mit der Folge, dass Sitzungsdauer und Anzahl der Abstimmungen in den letzten Jahren kontinuierlich abnehmen.

Damit eine Sitzung der Werchowna Rada beginnen kann, müssen sich mindestens 226 Abgeordnete im Plenarsaal registrieren – genau so viele, wie »Ja«-Stimmen nötig sind, um die meisten Beschlüsse, darunter auch Gesetzesentwürfe, zu verabschieden. Die Anwesenheitsanzeige im Parlament zeigt jedoch nur die formale Anwesenheit an. Diese Zahl entspricht nicht immer der tatsächlichen Anzahl der Abgeordneten, die auf ihren Plätzen sitzen und bereit sind, abzustimmen.

Um die tatsächliche Arbeitsfähigkeit der Rada zu ermitteln, haben wir nicht nur untersucht, ob ein Gesetz »angenommen« oder »nicht angenommen« wurde, sondern auch geprüft, ob eine Annahme zumindest theoretisch möglich war.

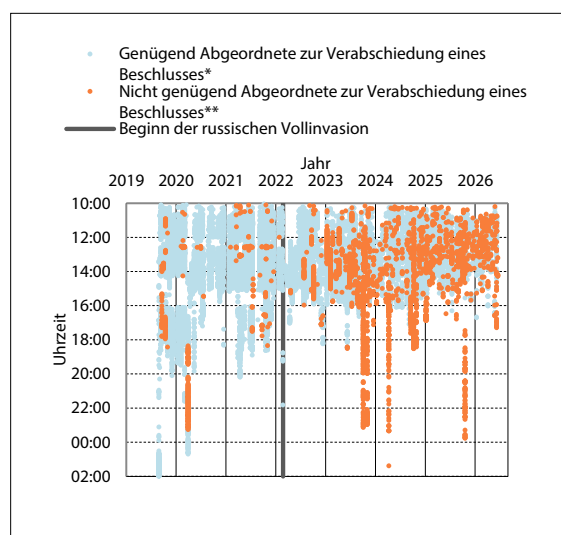
Als Indikator für die Aktivität zählen wir alle Fälle, in denen Abgeordnete eine der drei Tasten gedrückt haben: »dafür«, »dagegen« oder »Enthaltung«. Wenn jemand nicht abgestimmt hat kann das bedeuten, dass der oder die Abgeordnete möglicherweise im Plenarsaal unterwegs war oder die Abstimmung einfach ignoriert hat, z. B. während er oder sie am Handy saß; daher zählen wir solche Fälle als Abwesenheit.

In Grafik 1 sind die Abstimmungen hellblau markiert, bei denen genügend Abgeordnete anwesend waren, dass ein Beschluss hätte theoretisch verabschiedet werden können, wenn alle mit »Ja« gestimmt hätten. Zur Erinnerung: Die Partei »Diener des Volkes« von Präsident Wolodymyr Selenskyj zog 2019 mit 254 Mandaten in die neu gewählte Rada ein, während für die Verabschiedung eines Gesetzes 226 Stimmen erforderlich sind.

Orange markiert sind Abstimmungen, bei denen es an Abgeordneten mangelte um ein Gesetz zu verabschieden und die für diesen Tag geplanten Gesetze aufgrund der Beschlussunfähigkeit von vorneherein zum Scheitern verurteilt waren. Ihre Behandlung wird dann auf einen späteren Zeitpunkt verschoben.

Die Geschäftsordnung des Parlaments schreibt nicht vor, dass die erneute Behandlung in der nächsten Sitzung stattfinden muss – alles hängt von der Parlamentsführung und politischen Absprachen ab. Daher kann

Grafik 1: Alle Abstimmungen in der Werchowna Rada von 2019–2026



* Abstimmungen, bei denen genügend Abgeordnete anwesend waren, dass ein Beschluss hätte theoretisch verabschiedet werden können, wenn alle mit »Ja« gestimmt hätten

** Abstimmungen, bei denen nicht genügend Abgeordnete anwesend waren, dass ein Beschluss hätte theoretisch verabschiedet werden können, wenn alle mit »Ja« gestimmt hätten

Quelle: Texty.org.

ein solcher Gesetzesentwurf monatelang ohne Fortschritt in der Schwebe bleiben.

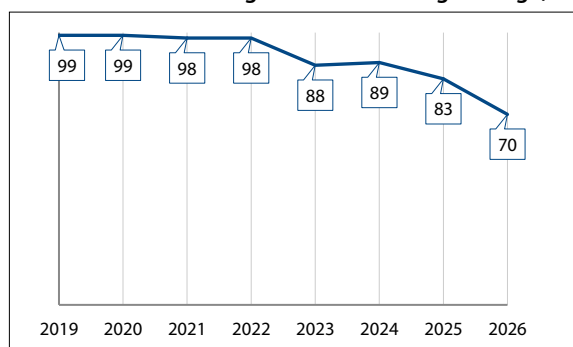
Je mehr hellblaue Punkte, desto leistungsfähiger ist das Parlament. Ein Punkt steht dabei für eine Abstimmung. Die langen orangen »Striche« stellen Abstimmungen über Änderungsanträge dar, für die die Anwesenheit von 226 Abgeordneten nicht erforderlich ist.

Die Entwicklung im Jahresvergleich

In Friedenszeiten waren die Abgeordneten im Parlament recht aktiv, und der Beginn der russischen Vollinvasion schweißte das Parlament zunächst zusammen, ohne diesen Indikator zu verändern: Lediglich 1–2 % aller Abstimmungen (mit Ausnahme von Abstimmun-

gen über Änderungsanträge) wurden aufgrund fehlender Beschlussfähigkeit vertagt.

Grafik 2: Prozentsatz der Abstimmungen, bei denen das Parlament theoretisch beschlussfähig war (mit Ausnahme von Abstimmungen über Änderungsanträge)



Quelle: Offizielles Webportal der Werchowna Rada.

Seit der zweiten Jahreshälfte 2023 ist ein allmählicher Rückgang zu beobachten und immer mehr Abgeordnete blieben den Abstimmungen fern. Wenn die Regierungsmehrheit zerfällt, muss entweder eine neue Koalition gebildet werden, die die Verantwortung übernimmt, oder es müssen Neuwahlen angesetzt werden, was aufgrund des Kriegsrechts unmöglich ist.

Um Situationen zu vermeiden, in denen es zur Beschlussfähigkeit an Abgeordneten mangelt, werden im Parlament immer häufiger Probeabstimmungen durchgeführt. Darauf werden wir weiter unten noch eingehen.

Abstimmungen 2019 und 2026 im Vergleich

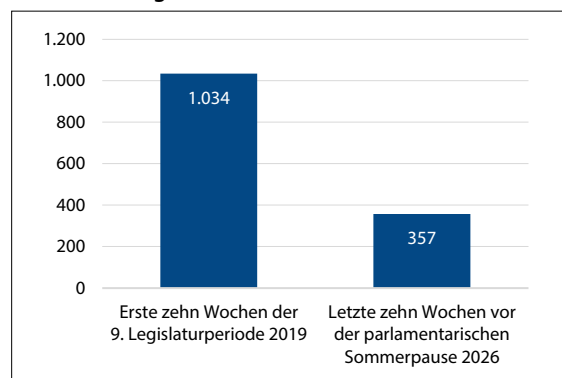
In den ersten 10 Wochen der 2019 begonnenen 9. Legislaturperiode führte die Werchowna Rada insgesamt 1.034 Abstimmungen durch. Das ist fast dreimal so viel wie in diesem Jahr: Im Vergleichszeitraum der letzten 10 Wochen bis zur Sommerpause 2026 fanden nur 357 Abstimmungen statt (siehe Grafik 3).

Wenn wir uns ansehen, wie oft es den »Dienern des Volkes« gelang, Beschlüsse im Alleingang zu fassen, stellen wir fest, dass die »Monomajorität« faktisch nur im Jahr 2019 funktionierte. Die Regierungsfraktion hat seither Mitglieder verloren: Einige haben ihr Mandat niedergelegt, andere sind ins Ausland geflohen, wieder andere sitzen in Untersuchungshaft, und manche nehmen nur pro forma an den Sitzungen teil und bleiben nur selten bis zur Abstimmung.

In Grafik 4 sind die Gesetzesentwürfe gelb markiert, die die »Diener des Volkes« ausschließlich mit ihren eigenen Stimmen verabschieden konnten. Blau markiert sind diejenigen, bei deren Verabschiedung Abge-

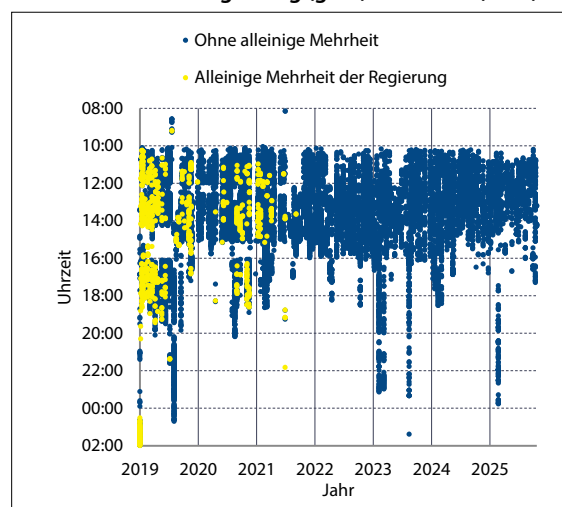
ordnete aus anderen Fraktionen und Gruppen hinzugezogen wurden.

Grafik 3: Anzahl der Abstimmungen im Vergleichszeitraum 2019 und 2026



Quelle: Texty.org

Grafik 4: Abstimmungen durch alleinige Mehrheit der Regierung (gelb) und ohne (blau)



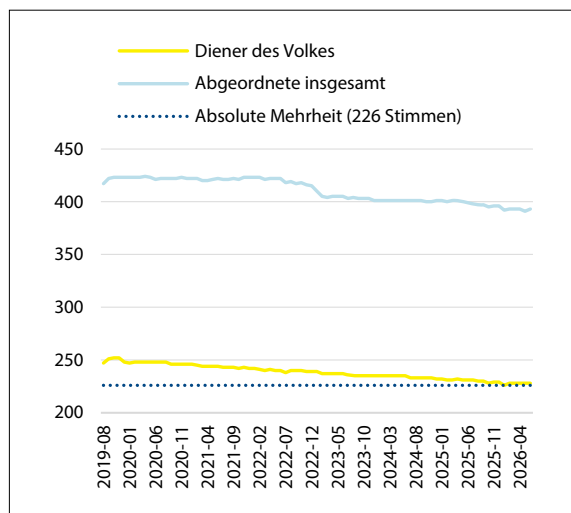
Quelle: Texty.org.

Die Zahl der Abgeordneten sinkt

Doch nicht nur die »Diener des Volkes« sind weniger aktiv im Parlament. Generell ist ein langsamer, aber stetiger Rückgang der Abgeordnetenanzahl im Parlament zu beobachten.

Dabei ist zu beachten, dass – obwohl unter Kriegsbedingungen keine Nachwahlen in den Wahlkreisen stattfinden – ein Teil der ausgeschiedenen Abgeordneten durch neue ersetzt wird. Dies ist dank des gemischten ukrainischen Wahlsystems möglich: 225 Abgeordnete stammen aus Mehrheitswahlkreisen (obwohl 2019 nur 199 Abgeordnete aus Mehrheitswahlkreisen gewählt wurden, da in 26 Wahlkreisen aufgrund der russischen Besatzung keine Wahlen stattfanden) und 225 sind Listenkandidaten. Wenn für

Grafik 5: Rückgang der Abgeordnetenzahlen insgesamt und bei der Regierungsfraktion »Diener des Volkes«



Quelle: Offizielles Webportal der Werchowna Rada.

die Nachbesetzung eines Abgeordneten, der per Mehrheitswahl gewählt wurde, Nachwahlen im Wahlkreis erforderlich sind, rückt anstelle eines Listenkandidaten automatisch der nächste Kandidat derselben Partei in der Reihenfolge der Liste nach. Die in der Reihenfolge nachfolgenden Kandidaten können jedoch das Mandat ablehnen; auch dafür gab es Beispiele. Dann geht es in der Liste weiter, bis jemand zustimmt oder die Liste vollständig erschöpft ist.

Man könnte annehmen, dank dieses Systems wäre dem Parlament stets eine Mindestanzahl von 225 Abgeordneten aus der Liste garantiert. Allerdings wurden nach der Vollinvasion mehrere pro-russische Parteien verboten, und für verbotene Parteien wie die »Oppositionsplattform – Für das Leben« ist dieser Mechanismus blockiert. Nach dem Ausscheiden ihrer Mitglieder rückt niemand nach. Exemplarisch war in diesem Zusammenhang der Zeitraum von Dezember 2022 bis Februar 2023: Als die Rada den Abgeordneten Wiktor Medwedtschuk, Taras Kosak, Andrij Derkatsch und einer Reihe weiterer pro-russischer Abgeordneter die Mandate entzog, wurden ihre Sitze nicht nachbesetzt, wodurch sich die Gesamtzahl der Abgeordneten im Parlament verringerte. Zudem nehmen Verfahren zur Amtsübernahme ebenfalls eine gewisse Zeit in Anspruch.

Grafiken 6 und 7 zeigen, wie viele Abgeordnete der einzelnen Fraktionen abwesend waren oder nicht abgestimmt haben.

Zusammenarbeit mit anderen Fraktionen zur Mehrheitsbeschaffung notwendig

Da die Monomajorität der »Diener des Volkes« bei wichtigen Abstimmungen keine ausreichenden Mehrheiten

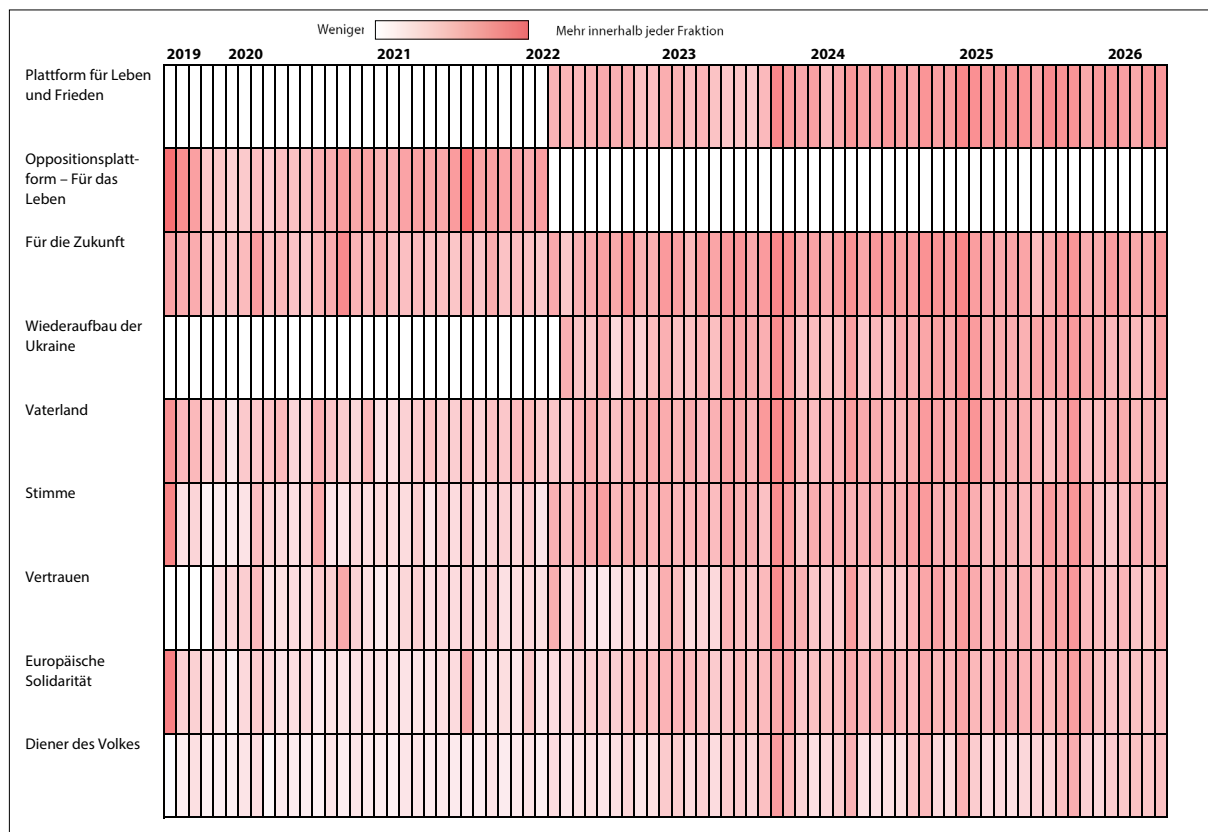
mehr zusammenbekam, begann sie zunehmend andere Fraktionen einzubeziehen. Selbst oppositionelle Fraktionen wie die »Europäische Solidarität« und der »Block Julija Tymoschenko« stimmen recht häufig mit »Ja«, wenn es um wichtige Gesetze ging, wie Grafik 8 zeigt.

Am häufigsten kommen »Vertrauen« und »Wiederaufbau der Ukraine« zur Hilfe. Erinnern wir uns daran, wer sie sind: Die Abgeordnetengruppe »Vertrauen« besteht aus parteilosen Abgeordneten aus Einmandatswahlkreisen, die die Großindustrie vertreten. Die Gruppe »Wiederaufbau der Ukraine« besteht überwiegend aus ehemaligen Abgeordneten der »Partei der Regionen«, die dank der inzwischen verbotenen »Oppositionsplattform – Für das Leben« ins Parlament gelangten sowie einigen ehemaligen Abgeordneten der »Diener des Volkes« und einem Teil der Abgeordneten aus Einmandatswahlkreisen. Die »Plattform für Leben und Frieden« besteht ebenfalls aus ehemaligen »Partei der Regionen«-Mitgliedern, die sich nach dem Verbot der »Oppositionsplattform – Für das Leben« umbenannt haben. (Anmerkung: Zwischen einer Fraktion und einer Abgeordnetengruppe gibt es Unterschiede: Eine Fraktion bildet sich automatisch aus Abgeordneten, die über die Wahlliste einer bestimmten Partei gewählt wurden, sowie aus Abgeordneten, die im Mehrheitswahlverfahren von dieser Partei aufgestellt wurden. Eine Abgeordnetengruppe wird von Abgeordneten gebildet, die sich selbstständig zur Wahl gestellt haben (Einzelwahlkandidaten), oder von denen, die aus anderen Fraktionen ausgetreten sind oder ausgeschlossen wurden. Während Fraktionen in der Regel über ein klares Parteiprogramm und eine Ideologie verfügen, ist eine Abgeordnetengruppe meist ein situationsbedingter Zusammenschluss ohne gemeinsame Ideologie, die oft auf gemeinsamen regionalen oder wirtschaftlichen Interessen beruht. Eine Fraktion kann aus einer beliebigen Anzahl von Abgeordneten bestehen, die für eine Partei gewählt wurden (auch wenn ihre Zahl unter der Mindestgrenze für Gruppen liegt). Die Anzahl der Mitglieder einer Gruppe darf jedoch nicht geringer sein als die Anzahl der Abgeordneten der kleinsten Fraktion. Abgesehen von diesen Unterschieden verfügen Fraktionen und Gruppen über die gleichen Einflussmöglichkeiten im Parlament. Aktuell gibt es vier Fraktionen: »Diener des Volkes« (226–228 Abgeordnete); »Europäische Solidarität« (26); »Batkischtschyna« (24); »Holos« (19) sowie vier Abgeordnetengruppen: »Plattform für Leben und Frieden« (21); »Vertrauen« (19); »Für die Zukunft« (18) und »Wiederaufbau der Ukraine« (17).)

Abgeordnetenfraktionen

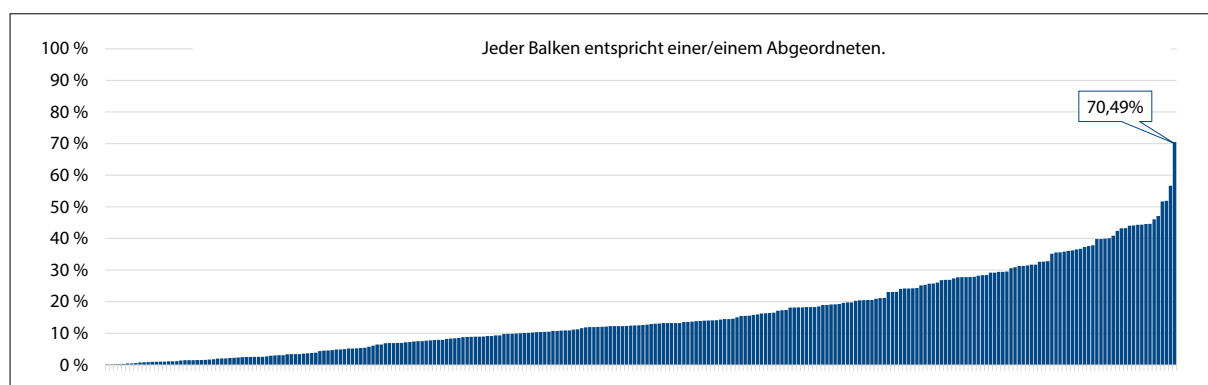
Bislang unterstützen die anderen Parlamentsfraktionen und -gruppen die Gesetzentwürfe der Regierung recht häufig. Für wirtschaftlich orientierte Gruppen ist das

Grafik 6: Anteil der inaktiven und abwesenden Abgeordneten nach Fraktionen und Abgeordnetengruppen, 2020–2026



Quelle: Offizielles Webportal der Werchowna Rada.

Grafik 7: Fehlzeiten von Abgeordneten der »Diener des Volkes« (Anteil der Abstimmungen, bei denen der Abgeordnete den Status »abwesend« hatte)



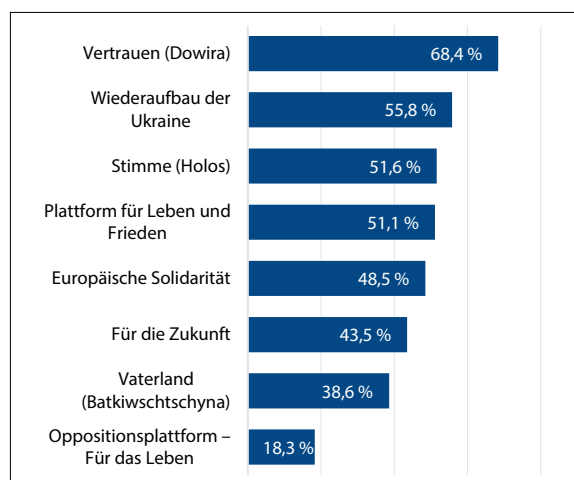
Quelle: Offizielles Webportal der Werchowna Rada.

Abstimmen mit der Mehrheit ein Weg, gute Beziehungen zur Regierung zu pflegen. Die stärker ideologisch geprägten Parteifraktionen hingegen lassen sich davon leiten, dass sich das Land im Zustand eines umfassenden Krieges befindet und die Erfüllung der Verpflichtungen auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft aktive Gesetzgebungsarbeit erfordert.

Die allgemeine Haltung der Abgeordneten pro-ukrainischer Oppositionsfraktionen lässt sich jedoch immer häufiger mit der einfachen Formel beschreiben: »Ihr habt eine Mehrheit, also nutzt sie«.

Die Vorsitzenden mehrerer Oppositionsfraktionen haben wiederholt vorgeschlagen, eine »Regierung der nationalen Einheit« zu bilden und dementsprechend

Grafik 8: Wer stimmt am häufigsten zusammen mit den »Dienern des Volkes«, um die erforderlichen 226 Stimmen zu erreichen?



Anmerkung zur Methodik: Es werden nur erfolgreiche Abstimmungen über Gesetzesentwürfe in der ersten und zweiten Lesung berücksichtigt, wobei diejenigen ausgeschlossen werden, bei denen die »Diener« allein die benötigten 226 Stimmen erhalten haben; das heißt, es bleiben nur die Gesetze übrig, die unter Beteiligung anderer Fraktionen verabschiedet wurden. Für jede Fraktion werden für jedes dieser Gesetze die Anzahl der »Ja«-Stimmen und die Fraktionsstärke zum Zeitpunkt der Abstimmung herangezogen. Die Endzahl in der Grafik ist die Summe aller »Ja«-Stimmen der Fraktion über den gesamten Zeitraum, geteilt durch die Summe der Fraktionsstärke über den gesamten Zeitraum.

Quelle: Offizielles Webportal der Werchowna Rada.

aktiver für die notwendigen Gesetzesentwürfe zu stimmen. Doch Selenskyj lehnt diese Idee ab.

Anstatt einen ernsthaften politischen Dialog mit der Opposition aufzunehmen, versuchte der Präsident zunächst, die Abgeordneten unter Druck zu setzen. Im März dieses Jahres stellte er ein Ultimatum: Entweder ihr arbeitet im Parlament, oder ihr geht an die Front. Der Fraktionsvorsitzende Dawyd Arachamija milderte später diese Rhetorik. Selenskys Worte seien »willkürlich interpretiert« worden: Es ginge nicht um die Mobilisierung der Abgeordneten, sondern um Gesetzesänderungen, die den Abgeordneten den Status von Armeemangehörigen verleihen würden.

Ende Mai musste sich der Präsident selbst um Kontaktpflege bemühen. Zunächst traf sich Selenskyj mit seiner eigenen Fraktion. Am nächsten Tag führte er – zum ersten Mal in seiner Amtszeit – Einzelgespräche mit den Vorsitzenden aller parlamentarischen Fraktionen und Gruppen, sogar mit Petro Poroschenko. Zwar war von politischen Absprachen keine Rede. Aber dies ist schlecht für das Land, denn es müssen Gesetze verabschiedet werden, die die EU-Integration betreffen, und ganz allgemein bringt der Krieg eine Vielzahl von Problemen mit sich, die zügig gelöst werden müssen.

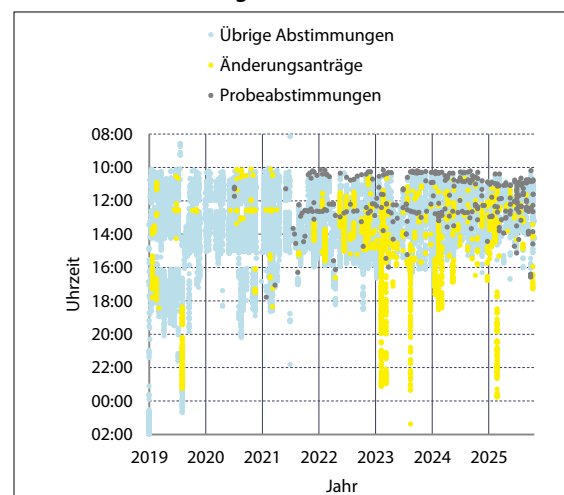
Probeabstimmungen

Angesichts fehlender Stimmen kehrte die Rada zur Praxis der Probeabstimmungen zurück, um die Beratung

von Gesetzen nicht auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Dabei handelt es sich um eine Art Anwesenheitskontrolle, bei der die Abgeordneten aufgefordert werden, eine beliebige Taste zu drücken, um ihre Anwesenheit zu bestätigen.

Seitdem die Abgeordneten seltener zu den Sitzungen erschienen, wurden diese traditionell zweimal am Tag abgehalten: morgens und nachmittags. Seit März 2026 ist jedoch eine dreimalige Überprüfung der Beschlussfähigkeit im Laufe des Tages zur neuen Norm geworden. Der absolute Rekord wurde am 26. Februar 2026 verzeichnet, als während einer einzigen Plenarsitzung elfmal eine Anwesenheitskontrolle durchgeführt wurde!

Grafik 9: Zunahme der Probeabstimmungen (dunkelgraue Punkte)



Quelle: Texty.org.

Änderungsanträge

Wenn wichtige Gesetzesentwürfe auf der Tagesordnung bereits abgehandelt sind, gehen die Abgeordneten auseinander und nur ein kleiner Teil bleibt zurück (in der Regel bis zu 10 Abgeordnete) und verbleibt im Parlament. In diesem Modus beginnt das Parlament mit der Prüfung von solchen Änderungsanträgen, die bekanntermaßen keine Chance haben, angenommen zu werden. In der obigen Grafik sind solche Episoden als lange gelbe »Schwänze« dargestellt – Abstimmungsreihen, bei denen die erforderliche Anzahl an Abgeordneten im Plenarsaal nicht vorhanden ist.

Meistens handelt es sich dabei um Änderungsanträge zum Staatshaushalt oder zu anderen großen Gesetzesentwürfen. Es gibt einerseits keine parlamentarische Mehrheit für diese Vorhaben. Gleichzeitig schreibt die Geschäftsordnung vor, dass solche Entwürfe zur Abstimmung gestellt werden müssen – und auf diese Weise werden sie in einem langwierigen und mühsamen Prozess nach und nach verworfen.

Eine Krise, die sich nicht verbergen lässt

Derzeit steht die Werchowna Rada vor mehreren äußerst dringlichen Problemen:

Erstens: die Mitgliederzahl. Nach Angaben des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der »Diener des Volkes«, Andrij Motowilowez, wollen derzeit etwa 40 Abgeordnete ihre Mandate niederlegen.

Zweitens: die Anwesenheit. Es wurde bereits zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode im Herbst 2019 versucht, dieses Problem zu lösen, indem ein Gesetz verabschiedet wurde, wonach Abgeordnete, die ohne triftigen Grund mehr als 30 % der Abstimmungen im Monat versäumen, ihre Bezüge verlieren – also die Erstattung der Kosten, die mit der Ausübung des Mandats verbunden sind.

Die aktive Anwesenheit wurde zu einer direkten Vorgabe. Und das hat funktioniert: Die Anwesenheit stieg damals sogar bei den vier passivsten politischen Kräften, von der ehemaligen »Oppositionsplattform – Für das Leben« bis hin zu »Vaterland«.

Mit Beginn der russischen Vollinvasion wurde diese Regelung jedoch ausgesetzt. Die Abgeordnetenbezüge können auch ohne Anwesenheit bezogen werden. Da die Abgeordneten seit Beginn der Vollinvasion auch keinen Urlaub mehr haben, wurde ihnen im vergangenen Jahr zudem eine entsprechende Entschädigung gewährt.

Drittens: Fehlen einer eigenen Weltanschauung oder eines politischen Programms, für dessen Umsetzung sie arbeiten müssten.

Die »Diener des Volkes« verstehen weder den Sinn dessen, was sie während der Plenarsitzungen tun, noch wozu sie es tun. Dies hängt mit ihrer Abhängigkeit von Selenskyj zusammen. Sie spielen eine technische Rolle: Sie »drücken Knöpfe«, wie man im Präsidentenbüro sagt. Weder haben sie die Beschlüsse, für die sie abstimmen, selbst ausgearbeitet, noch diskutieren oder streiten sie darüber. Und folglich haben sie nicht das Gefühl, dass es ihre eigenen Beschlüsse sind. Zumindest gilt das für die Mehrheit von ihnen. Natürlich ist es ermüdend, monotone, sinnlose Arbeit zu verrichten, auch wenn es im Plenarsaal der Werchowna Rada ist.

Da sie die Regierung auf solch eine Weise eingesetzt haben, nehmen sie sie nicht als ihre eigene wahr und verspüren kein Bedürfnis, für Regierungsvorlagen zu stimmen – egal wie wichtig diese für das Land auch sein mögen.

Der jüngste unerwartete Regierungswechsel wird kaum etwas daran ändern, da die Rada weder die Initiative zum Rücktritt noch zur Ernennung des neuen Ministerpräsidenten und der neuen Regierungsmitglieder ergriffen hat.

Viertens: Die Ablehnung des Präsidenten. Hier spielen mehrere Faktoren eine Rolle.

Die Bevölkerung mag die Abgeordneten nicht. Das mag oft ungerecht sein, ist aber nun einmal so. Und die Informationspolitik von Selenskyj schürt diese Einstellung der Bevölkerung zusätzlich. Zumindest empfindet es seine Mehrheit in der Rada so, denn sie sind an allem Schlechten

schuld, da sie – auf Anweisung von Selenskyj – schließlich für unpopuläre Gesetze stimmen. Der Präsident hingegen ist für alles Gute verantwortlich: Er verteilt Geschenke an alle, berichtet über militärische Erfolge und so weiter.

Zudem haben die Abgeordneten im Gegensatz zu den Minister:innen und dem Präsidialamt häufiger Kontakt zur Bevölkerung und müssen sich vieles anhören – aber können selbst kaum Einfluss nehmen. Denn die »Diener des Volkes« sind nicht in der Lage, den Wünschen von Selenskyj ein klares »Nein« entgegenzusetzen und eigenständig wichtige Entscheidungen zu treffen – siehe Regierungsbildung. Was ihnen bleibt, ist stille Sabotage – zum Beispiel die Weigerung, für die von Selenskyj vorgeschlagenen Kandidat:innen zu stimmen oder für Gesetzesentwürfe aus den Reihen der Regierung.

Das ist eine sehr wackelige Mehrheit. Und übrigens einer der Gründe, warum eine ganze Reihe von Amtsinhaber:innen nur amtierend auf ihren Posten sind.

Die Enttäuschung und damit einhergehende Ermüdung wurde durch die Affäre um das Gesetz zur Einschränkung der Unabhängigkeit der Antikorruptionsbehörden im Sommer 2025 noch verstärkt. Zur Erinnerung: Damals stimmten die »Diener des Volkes« auf Anweisung von oben zunächst für ein Gesetz, das die Unabhängigkeit des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU) und der Sonderstaatsanwaltschaft für Korruption (SAPO) einschränkte, um es kurze Zeit später wieder aufzuheben. Auch hier bekamen die Abgeordneten den Zorn der empörten Wähler:innen zu spüren, während sich Selenskyj scheinbar aus dieser Angelegenheit heraushielt.

Hinzu kommen Korruptionsvorwürfe, die gegen fünf Abgeordnete »Diener des Volkes« wegen systematischen Stimmenkaufs erhoben wurden. Die Einzelheiten werden wir nach dem Gerichtsurteil erfahren, aber klar ist jetzt schon, dass sie Abgeordnete ihrer eigenen Fraktion bezahlt haben.

Wie weiter?

Für ein Land im Krieg ist es von entscheidender Bedeutung, dass Gesetze schnell verabschiedet werden und nicht im Parlament hängen bleiben. Aktuell beobachten wir jedoch einen gegenteiligen Trend.

Unserer Meinung nach wäre es für Selenskyj noch bis vor kurzem am logischsten gewesen, allen politischen Kräften im Parlament – mit Ausnahme der »Plattform für Leben und Frieden« und »Wiederaufbau der Ukraine« – vorzuschlagen, eine Koalition der nationalen Einheit zu bilden, die zügig über die notwendigen Gesetze abstimmen und nicht in einen Zustand des »Dienst nach Vorschrift« verfallen würde.

Doch die Regierung wurde stattdessen neu gebildet; ein neuerlicher Regierungswechsel würde die Regierungsführung nur erschweren. Es bleibt die Option, eine »technokratische Koalition« unter dieser Regierung zu bilden, ohne

den Ministerpräsidenten zu wechseln. Die Auswahl der Minister:innen im Parlament in Zusammenarbeit zwischen mehreren Fraktionen und ohne Einmischung des Präsidialamtes würde den Abgeordneten das Gefühl geben, an den Entscheidungen, für die sie stimmen, beteiligt zu sein.

Dies würde die wichtigsten politischen Ursachen für den stillen Zusammenbruch des Parlaments beseitigen und dazu beitragen, dessen Funktionsfähigkeit zu stärken. Außerdem würde es den Populismus der Opposition dämpfen und insgesamt positive Auswirkungen auf das Land haben.

Da die Hoffnungen auf eine solche Entwicklung allerdings gering sind, könnten technische Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Parlaments ergriffen werden, die zwar nicht die Wurzel des Problems lösen, aber die Symptome lindern und die Arbeit wieder beleben würden.

Dazu sollte zum einen der regelmäßige – und nicht nur gelegentliche – Dialog zwischen Selenskyj und den

Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen wieder aufgenommen werden. Zweitens sollte er sich häufiger mit seiner Fraktion treffen und die Meinungen und Forderungen der Abgeordneten bei der Entscheidungsfindung tatsächlich berücksichtigen. Drittens sollte die Regelung zum Verlust von Bezügen bei Fehlzeiten wieder in Kraft gesetzt werden.

Bislang sind jedoch weder von der Regierungspartei noch vom Präsidenten Maßnahmen zu erkennen, die dem Parlament neues Leben einhauchen. Es bleibt daher nur zu hoffen, dass die Werchowna Rada so lange wie möglich in einem relativ funktionsfähigen Zustand bleibt.

Der Text erschien am 18.08.2026 auf Texty.org unter dem Titel »Тихий колапс парламенту« und ist frei abrufbar unter <https://texty.org.ua/projects/117724/tykhyi-kolaps-verkhovnoi-rady-chomu-parlament-dedali-hirshe-ukhvaliuye-zakony/?src=main>. Wir danken Texty.org für die Erlaubnis zur Übersetzung und Nachnutzung.

Über die Autoren

Orest Zog ist Datenjournalist bei Texty.org und beschäftigt sich u. a. mit Desinformation und Online-Netzwerken.

Nikita Holowynskyj ist Datenanalyst und Journalist bei Texty.org und arbeitet zu den Bereichen Politik und Medien.

KOMMENTAR

Erinnerungskultureller Streit zwischen Kyjiw und Warschau: Symptom der Transformation der polnisch-ukrainischen Beziehungen?

Franziska Davies (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam)

Die Entwicklung der polnisch-ukrainischen Beziehungen im 20. Jahrhundert ist politisch gesehen eine Erfolgsgeschichte. Polen war im Dezember 1991 das erste Land, das die Unabhängigkeit der Ukraine anerkannte. Bereits in den 1980er-Jahren hatten besonders die Intellektuellen in der Solidarność-Bewegung die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung unterstützt und innerhalb Polens für eine grundsätzliche Neuausrichtung der Beziehungen zur Ukraine geworben. Begonnen hatte das Projekt der Aussöhnung in Frankreich im Umkreis der polnischen Exilzeitschrift *Kultura*, herausgegeben von dem inzwischen in Polen legendären politischen Aktivist Jerzy Giedroyc (1906–2000). Im Laufe der Jahre sollte die 1947 gegründete Zeitschrift zu einer der wichtigsten Zeitschriften im polnischen Exil werden, in deren Umkreis ein polnisch-ukrainisches Netzwerk für eine Allianz zwischen Polen und der Ukraine warb.

Auf polnischer Seite war neben Giedroyc der Journalist und Ökonom Juliusz Mieroszewski (1906–1976) eine weitere Schlüsselfigur. Er entwarf in den 1970er-Jahren ein außenpolitisches Programm für ein zukünftiges Polen, das nicht nur die Allianz mit der Ukraine, sondern auch mit Litauen und Belarus vorsah und welches er unter dem Kürzel ULB zu popularisieren versuchte.

Nach der Entstehung der Solidarność zahlte sich die strategische Entscheidung von Giedroyc aus, stets auch zu Intellektuellen in Polen den Kontakt zu pflegen. Aktivistinnen und Aktivisten wie Jacek Kuron (1934–2004) hatten die Ideen der *Kultura* rezipiert und auch mitgeprägt. Nach dem Zerfall des kommunistischen Regimes konnten sie zum außenpolitischen Programm werden. Polen agierte in den 1990er- und 2000er-Jahren regelmäßig als Advokat der Ukraine in Fragen der engeren Anbindung an die Europäische Union und die NATO.

Trotzdem belasteten historische Traumata die ukrainisch-polnischen Beziehungen, allen voran die Massaker der Ukrainischen Aufstandarmee (UPA) an polnischen Zivilistinnen und Zivilisten in Wolhynien und Ostgalizien während des Zweiten Weltkriegs, die Racheakte der polnischen Heimatarmee (AK) an der ukrainischen Zivilbevölkerung sowie die sogenannte »Aktion Weichsel«, als die Volksrepublik Polen im Jahr 1947 die lemukische und ukrainische Minderheit in die Sowjetunion deportierte.

Auf politischer Ebene flammte dieser Streit in regelmäßigen Abständen immer wieder auf, etwa als Wiktor Juschtschenko 2010 den OUN-Anführer und Ultranationalisten Stepan Bandera posthum zum »Helden der Ukraine« erklärte. Trotzdem hielt Warschau an dem außenpolitischen Grundsatz fest, dass eine unabhängige und eng an den Westen gebundene Ukraine auch im eigenen Interesse war.

Insofern greifen mit Blick auf den jüngsten Streit zwischen Polen und der Ukraine Erklärungen zu kurz, die nur auf den langen erinnerungskulturellen Konflikt verweisen. Denn dieser ist im Grundsatz nicht neu. Vielmehr ist die Frage, warum gerade jetzt besonders innerhalb des rechtspopulistischen Lagers in Polen der Streit gezielt eskaliert wird und die Unterstützung der Ukraine mindestens zur Disposition gestellt wird – und zwar ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem die Sicherheit Polens und der Ukraine untrennbar miteinander verbunden sind, wie der jüngste russische Raketenangriff auf den polnisch-ukrainischen Grenzübergang Jahodyn-Dorohusk eindrücklich zeigte.

Zum einen hängt dies sicher mit der Mobilisierung der eigenen Wählerklientel zusammen. Nach der großen Welle der Solidarität mit der Ukraine unmittelbar nach der russischen Vollinvasion wachsen besonders in den

letzten Monaten anti-ukrainische Ressentiments in der polnischen Gesellschaft, von deren Schüren rechtspopulistische und rechtsextreme Politikerinnen und Politiker profitieren dürften.

Mindestens ebenso entscheidend ist aber, dass sich gerade ein Wandel im Kräfteverhältnis zwischen Polen und der Ukraine vollzieht. Historisch gesehen war in diesem Verhältnis die Ukraine stets der schwächere Akteur; Polen agierte in den 1990er-Jahren aus einer Position der relativen Stärke, besonders nach dem vollzogenen Beitritt zur NATO und zur Europäischen Union. Nun hat die Ukraine den lang ersehnten Status als Beitrittskandidat erhalten, und ihr Beitritt würde die Machtverhältnisse innerhalb der EU verschieben. Die Ukraine wäre kein Bittsteller mehr und könnte nicht zuletzt mit Blick auf ihr militärisches Know-how in Brüssel durchaus selbstbewusst agieren. Polen wäre in Ostmitteleuropa nicht mehr notwendigerweise das unangefochtene Schwergewicht.

Das neue Selbstbewusstsein der Ukraine hat sich nicht zuletzt im Umgang mit der polnischen Eskalation nach der Benennung einer ukrainischen Militäreinheit nach der UPA gezeigt. Nicht nur Wolodymyr Selenskyj schickte seinen polnischen Orden nach Warschau zurück, sondern eine ganze Reihe ukrainischer Trägerinnen und Träger taten es ihm gleich. Weite Teile der ukrainischen Gesellschaft sahen die aus ihrer Sicht völlig überzogene Reaktion Polens auf die symbolische Geste ihres Präsidenten nicht zuletzt als einen Angriff auf die ukrainische Souveränität in erinnerungskulturellen Fragen. Für die polnische Rechte scheint eine Antwort auf das neue Machtverhältnis zu sein, alte außenpolitische Grundsätze in Frage zu stellen. Ob das im Interesse Polens ist, ist mehr als fraglich.

Über die Autorin

Dr. *Franziska Davies* ist Osteuropa-Historikerin am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Zu ihren Forschungs- und Publikationsschwerpunkten zählen die moderne Geschichte der Ukraine, Russlands und Polens. 2023 erschien der Sammelband »Die Ukraine in Europa. Traum und Trauma einer Nation« sowie 2025 die Monographie »Muslims in the Russian Army. Colonial Accommodation and the Limits of Empire, 1875-1917«.

LESETIPP

Polen-Analysen 369: Aktuelle Entwicklungen in den polnisch-ukrainischen Beziehungen

»Polen hat gegenüber der Ukraine in den Jahren 2022/23 eine imponierende Hilfsbereitschaft gezeigt. Die selbstlose Unterstützung, die Millionen Polen den Ukrainern gewährt haben, war der bisher größte Erfolg der polnisch-ukrainischen Beziehungen. Vier Jahre später allerdings ist die Hilfe Teil des politischen Spiels im historischen Konflikt um das Verbrechen von Wolhynien im Jahr 1943 geworden. Der Wert der Unterstützung sank auf eine routinemäßige Promille des Bruttoinlandsprodukts. Gleichzeitig weist Polen positive Ergebnisse in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Ukraine auf.«



Inhalt:

Analyse

Die polnische Unterstützung für die Ukraine – eine kurze Geschichte

Marek Ziółkowski, Uniwersytet Civitas, Warschau

Umfragen

Das Verhältnis zwischen Polen und der Ukraine

Die Ausgabe als PDF-Datei

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2006 zur Ukraine befinden sich auf der Seite der Ukraine-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/ukraine-analysen/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/ukraine-analysen/chronik?c=ukraine&i=1>. Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten.

Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken zu Russland, Belarus und Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf frei im Internet zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Ukraine-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Eduard Klein (verantwortlich)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Kseniia Gatskova, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg
Prof. Dr. Guido Hausmann, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susan Stewart, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
Prof. Dr. Cindy Wittke-Hohlfeld, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung Regensburg
Dr. Susann Worschech, Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/O.

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1862-555X © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Deutsches Polen-Institut, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



LÄNDER-ANALYSEN



Belarus-Analysen



Polen-Analysen



Russland-Analysen



Ukraine-Analysen



Zentralasien-Analysen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:

<https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

